



Zehn Feldberger Thesen zur Hochschulpolitik

anlässlich der geplanten Vollendung eines europäischen Hochschulraums 2010

Die Diskussionen und Debatten um die Bologna-Reform reißen auch mehr als ein Jahrzehnt nach ihrer Einführung nicht ab. Viele der angestoßenen Projekte sind unvollendet. Die Implementierung der Bachelor- und Master-Studiengänge, die Einführung eines einheitlichen Credit-Points-Systems sowie die internationale Angleichung von Abschlüssen werden bis heute mit hoher Intensität diskutiert. Gleichzeitig vollziehen sich strukturelle und inhaltliche Reformen des Curriculums. Die eigentlich Betroffenen, die aktuelle Studentengeneration, drohen dabei gänzlich aus dem Fokus zu geraten.

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) versteht ihren Beitrag zur Reformdebatte als dringenden Aufruf und Mahnung an die Verantwortlichen in Politik und an den Hochschulen. Mit den zehn Feldberger Thesen zur Hochschulpolitik wollen wir einen Beitrag aus studentischer Sicht zur Reform der deutschen Hochschullandschaft leisten. In der AGV betrachten wir Hochschulpolitik sowohl aus der Sicht von Studenten als auch aus der Sicht von Akademikern in einem überparteilichen Kontext – auf der Basis von über 40 Jahren gewachsener Erfahrung und dem seit über 150 Jahren gelebten Engagement der katholischen Studentenverbände an und für die Hochschulen.

Unsere Vorstellung einer Reform der deutschen Hochschulen ist durch ein Wertefundament geprägt, das sich aus den Prinzipien unserer Studentenverbände begründet. Wir fühlen uns aus unserem christlichen Glauben und unserer gesellschaftlichen Verantwortung heraus im besonderen Maße den Universitäten als dem derzeitigen Ort unseres Wirkens verpflichtet und möchten den Reformprozess des deutschen Bildungswesens im Sinne der katholischen Soziallehre mitgestalten. Eine Ausrichtung auf Subsidiarität und Solidarität bedeutet für uns die Grundlage weiterer Überlegungen und Reformbemühungen.

Aus diesem Grund haben die Präsidien der in der AGV zusammengeschlossenen katholischen Studentenverbände im Dezember 2010 bei ihrer Klausurtagung in Feldberg-

Bärental „Zehn Feldberger Thesen zu Hochschulpolitik“ beraten und schließlich im April 2011 in Essen beschlossen. Die Thesen enthalten konstruktive Kritik und konkrete Verbesserungsvorschläge für eine effizientere Umsetzung des Bologna-Prozesses. Die AGV möchte damit einen Beitrag leisten, die Studienbedingungen zu verbessern, die hohe Qualität deutscher Hochschulen nachhaltig zu sichern und die gesellschaftliche Transformation hin zu einer Wissensgesellschaft zu meistern.

Beraten im Dezember 2010 in Feldberg-Bärental

Beschlossen im April 2011 in Essen

Bernd Schulte, Vorsitzender der AGV

Claus Broekmans, stv. Vorsitzender der AGV

Benedikt Nientied, stv. Vorsitzender der AGV

Jan-Arnulf Breiderhoff, Vorortspräsident des CV

Philipp Henning, Vorortspräsident des KV

Sebastian Sasse, Vorortspräsident des UV

Klaus Dockter, Ringpräsident des RKDB

1. Das Rad nicht zurückdrehen

Gemessen an ihren eigenen Ansprüchen und Zielen kann die Bologna-Reform mehr als zehn Jahre nach ihrem Inkrafttreten nur als unzureichend bezeichnet werden. Die euphorischen und weitreichenden Veränderungen des europäischen Hochschulraums sind in der Praxis nicht oder nur ungenügend umgesetzt worden. Die 1999 noch fest entschlossenen europäischen Regierungen¹ sehen sich einer Vielzahl von Protesten und harscher Kritik nicht nur seitens der Studentenschaft ausgesetzt. So mussten sich die Bildungsministerinnen und Bildungsminister² im März 2010 der Realität stellen. „Die jüngsten Proteste in einigen Ländern [...] haben uns daran erinnert, dass einige Ziele und Reformen des Bologna-Prozesses nicht richtig umgesetzt und vermittelt wurden.“³

Doch ein Ausstieg aus der Bologna-Reform kann die Probleme des Hochschulsystems nicht lösen. Allein in Deutschland existieren bereits über 10.000 Studiengänge im neuen System.⁴ Die Förderung der sozialen Dimension der Hochschulen, die Vereinfachung nationaler und internationaler Mobilität, die Stärkung des lebenslangen Lernens auch außerhalb der Hochschulen bleiben auch weiterhin vorrangige Ziele für eine international wettbewerbsfähige Hochschullandschaft in Europa. Diese planmäßig umzusetzen hat der Bologna-Prozess in der vergangenen Dekade nicht zu leisten vermocht. Politik und Hochschulen schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die Versäumnisse zu und sind so weitestgehend handlungsunfähig. Um den Status quo zu überwinden, muss der begonnene Prozess konsequent weitergeführt und – wo notwendig – korrigiert werden. Die katholischen Studentenverbände fordern, das Rad nicht zurückzudrehen, sondern konstruktiv und systematisch noch anstehende Probleme anzugehen. Die Umsetzungsdefizite und Koordinationsprobleme, die aus der Eile und der Hast in den ersten Jahren der Reform resultieren, müssen abgestellt werden. Ebenso gilt es das Kommunikations- und Strukturproblem auszumerzen, das durch die Föderalismusreform und die weitere Verschiebung von Zuständigkeiten auf Länderebene entstanden ist. Studenten, Lehrkräfte und Hochschulen dürfen keine Ziele für Experimente und politischem „guten Willen“ sein. Unter diesen Bedingungen bekennt sich die AGV uneingeschränkt zur Weiterführung des Bologna-Prozesses.

¹ Vgl. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister (1999): Der europäische Hochschulraum. 19. Juni 1999. Bologna.

² Im Folgenden wird aufgrund der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet.

³ Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister (2010): Erklärung von Bukarest und Wien zum Europäischen Hochschulraum. 12. März 2010.

⁴ Deutschlandfunk (2010): Hochschulrektorenkonferenz zu Diplomabschlüssen. Margret Wintermantel im Gespräch mit Jörg Biesler. Im Internet: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/1238962>. Abgerufen am 25.11.2010.

2. Besinnung auf das Humboldt'sche Bildungsideal

Aus Sicht eines heutigen, aufgeklärten Bachelor-Studenten mag der Bildungsbegriff, den Alexander von Humboldt einst prägte, wie eine Farce erscheinen. Die AGV fordert eine Rückbesinnung auf den Anspruch Humboldts. Dem Wort ‚Bildung‘ muss „das Moment der Selbstständigkeit, also des Sich-Bildens der Persönlichkeit“⁵, zukommen. Genauso muss die Einheit von Forschung und Lehre gewahrt bleiben. Leider sieht die Post-Bologna-Realität an deutschen Hochschulen zunehmend anders aus.

Die Studenten sehen sich heute einem festgeschnürten Korsett von Anwesenheitspflichten, strukturellen Vorgaben, Klausuren und Überprüfungen gegenüber. Ihre Leistungen werden nach ECTS-Punkten (European Credit Transfer System) bewertet und gestaffelt, der Verlauf ihres Studiums durch Module vorgegeben und eingeeengt. Bildung und Studium werden auf reine „Employability“ zurückgesetzt. Die AGV sieht die Entwicklung, dass wissenschaftliche Ausbildung und Befähigung zu selbstständigem wissenschaftlichen Arbeiten an Universitäten erst in der Masterphase beginnt, mit großer Sorge. Ihr ist im Interesse der Studenten an einer qualitativ hohen universitären Bildung und Ausbildung gelegen.

Die Unterzeichner der Bologna-Reform haben sich aus Sicht der katholischen Studentenverbände von einem verengten Bildungsverständnis leiten lassen, welches die Zielsetzung eines Hochschulstudiums auf die Frage der Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen reduziert.⁶ Bildung verkommt so zu einer zu eng verstandenen beruflichen Ausbildung mit dem primären Ziel der Beschäftigungsfähigkeit. Bereits vor fünf Jahren hat die AGV darauf hingewiesen, dass die Neustrukturierung der Studiengänge zu Lasten der Persönlichkeitsbildung des Einzelnen geht.⁷ Diese Befürchtung scheint heute aktueller denn je.⁸ Besonders dieser Entwicklung wollen die katholischen Studentenverbände vehement entgegen wirken. Bildung und Studium sollen und müssen zu mündigen, kritischen und eigenständig denkenden Bürgern erziehen. Auch in Bachelor-Strukturen muss es weiterhin genauso Wahlmöglichkeiten in der Auswahl der Studieninhalte geben wie ein ausreichendes Maß an Zeit zu ehrenamtlichem Engagement – sei es in Kirche, Kultur, Politik oder studentischen Initiativen. Die AGV regt an, über die Vergabe von ECTS-Punkten für Engagement von Studenten außerhalb des Hörsaals nachzudenken und begrüßt in diesem Zusammenhang die Arbeit ihrer Mitgliedsverbände.⁹

⁵ Von Henting, Hartmut (2004): Bildung. Ein Essay. Beltz. Weinheim.

⁶ Himpele, Klemens/ Keller, Andreas/ Staack, Sonja (Hrsg.) (2010): Endstation Bologna? Zehn Jahre europäischer Hochschulraum. GEW- Materialien aus Hochschule und Forschung. Nr. 116. Bielefeld.

⁷ Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (2005): Bildung im Wettbewerb. Die Hochschule von morgen. Im Internet: http://www.agvnet.de/sites/default/files/StandpunkteNr_10_Hochschulpolitik.pdf. Abgerufen am 30.10.2010.

⁸ Cartellverband katholischer deutscher Studentenverbindungen (2010): Grundsatzerklärung des CV zur sozialen Lage der Studenten. <https://www.cartellverband.de/pub/b/frame.asp?m=197>

⁹ Vgl. Braun, Wolfgang (2010): Konstruktiv, aber mit kritischer Distanz. In: Academia. Nr. 1/2010.

Die globalisierte Welt braucht einen „Blick über den Tellerrand“. Bildung darf nicht nur mit den berechnenden Augen ökonomischer Verwertbarkeit gesehen werden, sondern sie muss den Menschen in seiner Ganzheit im Blick haben. Die AGV fordert die Hochschulen auf, ihre Autonomie in der Forschung zu bewahren und sich gegen weitere Quantifizierung in der Beurteilung wissenschaftlicher Leistungen auszusprechen. Beispielsweise sind Publikationen kein für sich stehendes Gütekriterium. Trotz aller sinnvollen Kooperation mit der Wirtschaft darf eine wissenschaftliche Ausbildung und Persönlichkeitsbildung nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Persönlichkeitsbildung fängt da an, wo Verwertbarkeit aufhört.

3. Pluralität des deutschen Hochschulsystems im Blick halten

Die internationale Diskussion über die Leistungsfähigkeit nationaler Hochschulsysteme verkennt zu oft die spezifische Pluralität des deutschen Systems. „Zu den unbestreitbaren ‚Standort‘-Vorzügen des deutschen Bildungswesens gehört seine Mehrschichtigkeit. Fernhochschulen, Universitäten, Akademien, Volkshochschulen, Fachhochschulen – und mit ihnen verbunden das in sich differenzierte Berufsschulwesen [...]“¹⁰ Dazu bilden die reinen Forschungsinstitute einen weiteren, besonderen Schwerpunkt der Bildungslandschaft der Bundesrepublik. Es gilt, diese klaren Strukturen insbesondere in der Trennung zwischen regulärer Universität und Fachhochschule zu bewahren.¹¹ Dem Studienanfänger muss klar sein, was ihn bei der Wahl der jeweiligen Hochschulform erwartet.

Diesen Reichtum gilt es richtig zu nutzen und zu erhalten. Daher fordern die katholischen Studentenverbände Bildungs- und Hochschulpolitiker auf, im internationalen Diskurs mit starker Stimme zu sprechen. Wenn in anderen Ländern klassische Ausbildungsberufe als Studium gewertet werden, verwundert es nicht, dass diese Staaten eine höhere Studentenquote haben. Eine rein quantitative Betrachtung hält die AGV für den deutschen Standort für bedenklich. Einer hohen Studentenquote muss auch ein entsprechender Arbeitsmarkt gegenüberstehen. Zudem gilt es zu vermeiden, das erfolgreiche duale Ausbildungssysteme und die Qualifizierung gut ausgebildeter Facharbeiter durch einen weiteren Ausbau der Studienquoten zu substituieren.

¹⁰ Görner, Rüdiger (2009): So geistvoll wie die Rechtschreibreform. Bologna und die Bachelorisierung. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 11. Dezember 2009.

¹¹ Beispielsweise sollen aus Sicht der AGV auch in Zukunft Promotionen und Habilitationen auch weiterhin nur an einer Universität möglich sein.

4. **Aufschub der Reform für Medizin und Jura**

Die AGV erneuert ihre Forderung nach einem Aufschub der Reform für die noch nicht modularisierten Studiengänge Medizin und Jura.¹² Hier sind die Defizite, die bei anderen Fächern und Abschlüssen diagnostiziert worden sind, nicht in ähnlichem Umfang erkennbar. Bisher ist es nicht gelungen, Berufsfelder für Bachelorabsolventen dieser Fächer aufzuzeigen. Notwendig wäre aber gerade eine solche klare Perspektive.

In Hinblick auf die Bologna-Ziele – etwa verringerte Abbrecherquoten und geringere Regelstudienzeit – schneidet Medizin sogar besser ab als Studiengänge in der Vergleichsgruppe.¹³ Hier besteht kein Handlungsbedarf. Die Reform der Juristenausbildung wird kontroverser diskutiert. Noch bleibt aber abzuwarten, ob das die Bachelor-Master-Strukturen beinhaltende Hamburger Modell eine wirkliche Alternative in der Breite des deutschen Hochschulsystems darstellen kann.¹⁴ Es müssen zuerst tragkräftige und umsetzbare Konzepte vorgelegt werden, bevor es zu einem weiteren Feldversuch auf Bundesebene kommt. Die AGV begrüßt die Position der Bundesregierung, vorerst auf Kontinuität der exzellenten Ausbildung in Deutschland zu setzen.¹⁵

¹² Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenverbände (2010): Bologna – Wir brauchen eine Reform der Reform. Pressemitteilung. Im Internet: <http://www.agvnet.de/content/bologna-wir-brauchen-eine-reform-der-reform>. Abgerufen am 30.11.2010.

¹³ Deutscher Hochschulverband (2008): Kempen: „Wir brauchen eine Reform der Bologna-Reformen“. Pressemitteilung. Im Internet: <http://www.hochschulverband.de/cms1/uploads/media/pm12-2008.pdf>. Abgerufen am 30.11.2010

¹⁴ Hamburger Anwalt Verein (2008): Hamburger Modell für eine Neugestaltung der Juristenausbildung. Im Internet: <http://www.reform-der-juristenausbildung.de/download/20081109-HH-Modell.pdf>. Abgerufen am 26.11.2010.

¹⁵ Richter-Kuhlmann, Eva (2010): Tätigkeitsbericht: Bologna, ärztlicher Nachwuchs und Gebührenordnung. Deutsches Ärzteblatt. Im Internet: <http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/artikel.asp?src=heft&id=75262>. Abgerufen am 15.11.2010.

5. Internationalität gewährleisten

Ein Auslandsaufenthalt während des Studiums erfreut sich weiterhin wachsender Beliebtheit, während die Zahl derjenigen, die ‚nur‘ in Deutschland studieren, weiterhin abnimmt.¹⁶ Die AGV begrüßt, dass immer mehr Studenten ins Ausland gehen, kritisiert aber zugleich, dass dies oft erst im Rahmen eines Masterstudiengangs passiert. Der Bachelor zeigt sich hier noch zu inflexibel. Es muss auch festgestellt werden, dass die Intention, die Mobilität aller Studenten in Europa zu erhöhen und den Studienplatzwechsel durch das ECTS-System zu vereinfachen, bislang nicht oder nur unvollständig erreicht worden ist. Das Ziel, den europäischen Hochschulraum bis Ende 2010 zu vollenden, ist klar verfehlt worden.

Noch immer ist der Alltag geprägt von Anrechnungsschwierigkeiten, unterschiedlichem Aufbau der Studiengänge und mangelndem Wissen über die Entsende- bzw. Gastuniversität. Dies führt für viele Studenten zu Problemen in der Studienplanung und wirkt sich verlängernd auf die Studiendauer aus. Die AGV mahnt an, bei der Konzipierung von Studiengängen mehr auf Offenheit statt auf starre Modularisierung¹⁷ zu setzen und Entwicklungen in unseren Nachbarländern im Blick zu halten. Allerdings muss auch zwischen verschiedenen Fachbereichen unterschieden werden. Während Geistes- und Wirtschaftswissenschaftler verstärkt von den Möglichkeiten Gebrauch machen, zeigen Studenten der Ingenieur- und Naturwissenschaftler nur eine unterdurchschnittliche Neigung, ins Ausland zu gehen.

Gleiches gilt für die Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschland für ausländische Studenten und Wissenschaftler. Die Bundesrepublik muss im Wettbewerb um die besten Köpfe weiter vorangehen.¹⁸ Hier wurden in den letzten Jahren bereits große Fortschritte gemacht. Im Jahr 2010 waren über 170.000 ausländische Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben und machten damit über 10% der Studenten aus. Der Anteil aus sozial schwachen Familien ist allerdings mit 34% dreimal so hoch als bei deutschen Studenten.¹⁹ Sprache und komplizierte Zuwanderungsregeln bleiben ein großes Hemmnis.²⁰ Die AGV plädiert für Deutsch als Unterrichtssprache bei gleichzeitigem Angebot von Veranstaltungen in englischer Sprache, sofern die Sicherung von hoher Qualität gewährleistet werden kann. Davon profitieren sowohl deutsche als auch ausländische Studenten. Es

¹⁶ AGV (2005), vgl. Fn. 6

¹⁷ Winter, Martin (2010): Die Diskussion um Bologna ist übertrieben. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.08.2010, Nr. 181, S. C4

¹⁸ Ibid.

¹⁹ Augsburg Allgemeine (2010): Ausländische Studenten in Deutschland. Im Internet: http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Politik/Artikel,-Auslaendische-Studenten-in-Bayern-_arid,2285546_regid,2_puid,2_pageid,4290.html. Abgerufen am 25.11.2010.

²⁰ Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2010): Deutschland für ausländische Fachkräfte und Studenten nur mäßig attraktiv – Ergebnisse einer AHK-Umfrage. Im Internet: http://www.potsdam.ihk24.de/produktmarken/international/anlagen/PDFs/AHK-mfrage_Zuwanderung.pdf. Abgerufen am 25. September 2010.

muss zunehmend gelingen, auch Studenten aus dem angelsächsischen Raum für ein Studium in der Bundesrepublik zu begeistern. Diese Gruppe ist im Moment unterrepräsentiert. Gleichzeitig sprechen sich die katholischen Studentenverbände für eine unbürokratische Anerkennung im Ausland erworbener, vergleichbarer Studienleistungen und -abschlüsse aus.

6. Kriterien für Masterplatz überdenken

Die dem Bologna-Prozess inhärente Systematik sieht vor, dass nicht für jeden Bachelor-Absolventen ein Masterstudienplatz zur Verfügung gestellt wird. Je nach Studienrichtung und Bedarf muss die Quotierung jedoch stets ausreichend begründet sein und darf nicht aus reinen Kapazitätsüberlegungen heraus getroffen werden. Dabei muss aber auch weiterhin erhöhtes Augenmerk darauf gerichtet werden, dass der Bachelor nicht nur eine Zwischenprüfung ist. Bisläng enthält er in vielen Studiengängen noch keine ausreichende Berufsqualifikation.

Eine absolute Vergleichbarkeit von Studiengängen eines Fachs bundesweit ist ohnehin nicht gegeben und unter dem Ideal einer freien Hochschule auch nicht wünschenswert. Dies führt hinsichtlich der Benotung von gleichlautenden Veranstaltungen zwangsläufig zu einer gewissen Varianz. Problematisch wird es, wenn diese Varianz einen bestimmten Schwellenwert überschreitet, also einige Universitäten wesentlich besser benoten als andere. Dies kann gerade an Hochschulen, die einen ausgezeichneten Ruf genießen und eine ohnehin hohe Bewerberquote bei gleichzeitig strenger Benotung aufweisen, dazu führen, dass nur ein Bruchteil der eigenen Studenten einen Masterplatz an der eigenen Hochschule erhält. Eine anspruchsvolle Universität mit einem hohen Niveau führt so bei ihren eigenen Absolventen zu einem Nachteil bei der Masterplatzvergabe, die allein nach der Note und nicht nach der dahintersteckenden Qualität fragt. Zwar soll Bologna die in-nerdeutsche und internationale Mobilität fördern, doch sollten Studenten aus Sicht der AGV nicht zu einem Wechsel gezwungen werden dürfen.²¹ Basierend auf diesen Überlegungen fordert die AGV von den Hochschulen und den zuständigen übergeordneten Gremien ein, bei der Auswahl der Bewerber um einen Masterplatz neben der Note auch weitere Kriterien zu berücksichtigen. Zusätzlich könnten etwa ehrenamtliches Engagement oder Förderung durch ein anerkanntes Begabtenförderungswerk ohne großen bürokratischen Mehraufwand herangezogen werden.

²¹ Thrautig, Julian (2010): Nur die Note zählt. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 08. September 2010.

7. Exzellenzbildung transparenter gestalten

Der Exzellenzwettbewerb sollte Eliteuniversitäten schaffen, Spitzenforschung mit Fördergeldern belohnen und die deutschen Universitäten international konkurrenzfähiger machen. Die AGV befürwortet den durch die Exzellenzinitiative der Bundesregierung geförderten Standortwettbewerb der Hochschulen.

Mindestens zwei Aspekte sind aber kritisch zu bemerken. Erstens kann die Entwicklung einer „Antragsexzellenz“ beobachtet werden. Das Verfassen und das Schreiben der Anträge sowie die Auswahl, die wiederum von Hochschullehrern durchgeführt wird, binden enorme Kapazitäten. Aufwand und Ertrag stehen hier in einem Missverhältnis. Auch nach einem erfolgreichen Antrag kann nicht alle Energie dem Forschungsprojekt gewidmet werden, sondern es wird bereits die nächste Bewerbung oder Evaluation in den Blick genommen. Die Ergebnisse der beantragten Forschungsprojekte werden oft zweitrangig behandelt und geraten ins Hintertreffen. Die AGV fordert, die Vergabe der Mittel transparenter und unbürokratischer zu gestalten. Eine Auswahl muss auch ohne mehrere hundert Seiten umfassende Antragsmappen stattfinden können. Ebenso ist zweifelhaft, ob die Anzahl der eingeworbenen Drittmittel als Bewertungskriterium der Arbeit eines Hochschullehrers die richtigen Anreize setzt.

Zweitens bemängelt die AGV die starke Ausdifferenzierung der Exzellenzkriterien. Bewertet werden beispielsweise Nachwuchsförderung in Form von Graduiertenschulen und Exzellenzcluster in der Forschung sowie Zukunftskonzepte von Hochschulen. Wenn der Prozess am Ende dazu führt, dass sich alle Hochschulen als „exzellente“ betiteln dürfen, dann ist nichts gewonnen. Eine eindeutigere Vergabe von Bewertungen ist notwendig, um für Studienanfänger, Ortswechsler, ausländische Forscher usw. klar erkennbar zu machen, was sich hinter einer Auszeichnung verbirgt. Letztlich gilt: Exzellenz muss sich durch Leistung herausbilden, der Titel als Exzellenzuniversität alleine reicht nicht dafür, exzellente zu sein.

8. Lebenslanges Lernen als Erfolgsfaktor

Gesellschaft, Politik und Wirtschaft fordern heute mehr denn je Flexibilität, Offenheit und Individualität. Auch junge Akademiker sind die Zielgruppe dieses Forderungskataloges. Der beinahe schon inflationär gebrauchte Begriff des „Lebenslangen Lernens“ als integraler Bestandteil des Bologna-Prozesses wird zum Programm der Moderne und stellt den Menschen vor neue Herausforderungen. Doch auch hier ist die Wirklichkeit hinter den Ansprüchen der Reform zurückgeblieben. Weiterbildungsträger und Ausbildungsinstitute haben mit Kürzungen zu kämpfen.

Lebenslanges Lernen muss mehr bedeuten als nur formale Qualifikationen und Zertifikate. Es ist Teil der Bewältigung von Lebenssituationen und befähigt den Menschen dazu, sich mit sich selbst, mit anderen und mit der Welt in Beziehung zu setzen und handlungsfähig zu bleiben in einer Gesellschaft, die einem ständigen Wandel unterworfen ist. Lebenslanges Lernen heißt, eigenverantwortlich und selbstständig handeln zu können. Grundvoraussetzung dafür ist die persönliche Lernkompetenz jedes Einzelnen. So ist es eng an den Bildungsbegriff und die Persönlichkeitsbildung geknüpft, und dieser Prozess muss im Studium eine seiner Kernphasen haben. Es berührt nicht nur Bildung und Ausbildung, sondern ebenso den demographischen Wandel, die Generationengerechtigkeit und den Arbeitsmarkt und muss als einer der Grundpläne hinter einer Reform des Bologna-Prozesses stehen. Die AGV fordert, das Konzept des lebenslangen Lernens mit Inhalt zu füllen und im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Ein Beispiel könnte die verstärkte Schaffung nicht-konsekutiver Masterstudiengänge sein, die erst nach einer gewissen Berufserfahrung aufgenommen werden können. Hierdurch würde implizit auch der Stellenwert des Bachelors aufgewertet. Ebenso bedarf es in einer alternden Gesellschaft der Einrichtung von Bildungsangeboten für Senioren. Diese dürfen jedoch nicht in Konkurrenz um Ressourcen für reguläre Studiengänge stehen.

9. Arbeitsaufwand verhältnismäßig gestalten, Studienstart entzerren

Viele Studenten der Bachelor-Studiengänge klagen über eine enorme Arbeitsbelastung. Objektiv feststellbar ist, dass die Zahl der Veranstaltungen mit Anwesenheitspflicht zugenommen hat. Hinzu kommt die gestiegene Anzahl von Übungen und Tutorien. Der entscheidende Effekt der Modularisierung ist die gestiegene Prüfungsbelastung der Studenten. Klausurphasen vor, während und nach dem Semester führen zu einem andauernden Prüfungs- und Leistungsdruck, der den Studenten die wichtigen Freiräume zur (Selbst-)reflexion und zur eigenständigen Untersuchung von Fragestellungen nimmt. Die AGV fordert, dass die Noten aus dem ersten Bachelorsemester nicht mehr in die Abschlussnote einfließen sollen. Prüfungsleistungen sollen im ersten Semester zwar weiterhin benotet werden, dass Entscheidende soll allerdings das Bestehen sein. So wird Erstsemestern ermöglicht, sich zu Studienbeginn, der zumeist auch mit dem Umzug in eine fremde Stadt und somit einem neuen Lebensabschnitt verbunden ist, in ihrem neuen Umfeld zu orientieren und von Anfang auch die Möglichkeit zu haben, am universitären Leben teilzunehmen.

Fraglich ist, ob und inwieweit sich die tatsächlich in das Studium investierte Zeit durch die Umstellung der Studiengänge verändert hat.²² Nach Angaben einer im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom Deutschen Studentenwerk²³ durchgeführten Studie hat die Arbeitsbelastung durch die Umstellung der Studiengänge zugenommen. Gleichzeitig wenden Bachelor-Studenten weniger Zeit zum Selbststudium auf, als Vergleichsgruppen aus den alten Studiengängen.

²² Schaf, Julia (2010): Andere Leute müssen auch Kekse backen. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 12. Oktober 2010.

²³ Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Bonn.

10. Zukunft wieder in den Blick nehmen

Mehr als zehn Jahre nach dem Beginn des Bologna-Prozesses hat sich inhaltlich an der Debatte nichts Wesentliches geändert. Die ursprünglichen Bologna-Ziele sind immer noch Mittelpunkt des hochschulpolitischen Diskurses. Die katholischen Studentenverbände sehen die Gefahr, durch diese starre, rückwärtsgewandte Perspektive aktuelle Entwicklungen aus dem Blick zu verlieren.

Beispielsweise ist die Entwicklung zur digitalen Hochschule bisher noch nicht ausreichend thematisiert. Das Aufsprengen bewährter Seminar- und Vorlesungsstrukturen durch vermehrte individuelle Arbeit am PC im Rahmen von sogenannten e-learning-Inhalten verändert den Studienalltag grundlegend.²⁴ Ein zunehmender Verzicht auf den universitären Alltag und das akademische Klima einer Hochschule können aus Sicht der AGV negative Auswirkungen auf die Persönlichkeitsbildung haben.

Ein weiterer Punkt ist die kontinuierlich und immer schneller voranschreitende Vermehrung von Wissen. Diese erfordert es, besonders im Bereich der Masterstudiengänge, zunehmend speziellere Studiengänge anzubieten. Auch diese Ausdifferenzierung wird in der Post-Bologna-Debatte unzureichend berücksichtigt.

Schließlich rollt mit der Aussetzung der Wehrpflicht und der Verkürzung der Gymnasialzeit in vielen Bundesländern auf acht Jahre eine Welle der sogenannten „doppelten Jahrgänge“ auf die deutschen Hochschulen zu. Die AGV ruft dazu auf, die bereits getroffenen Maßnahmen konsequent fortzusetzen und sicherzustellen, dass auch die neuen Generationen von Studenten eine hervorragende Ausbildung erhalten können.

Die AGV fordert alle beteiligten Akteure auf, wieder stärker die Zukunft in den Blick zu nehmen, ohne dabei die Vergangenheit aus den Augen zu verlieren.

²⁴ Stratmann, Jörg/ Kerres, Michael (Hrsg.) (2008): E-Strategy. Waxmann Verlag. Münster.

Über die AGV

Die AGV ist der Zusammenschluss von derzeit fünf katholischen Studentenverbänden in der Bundesrepublik Deutschland:

- CV – Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
- KV – Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine
- UV – Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine UNITAS
- RKDB – Ring Katholischer Deutscher Burschenschaften
- TCV – Technischer Cartellverband (Mitgliedschaft ruhend)

Die AGV repräsentiert in ihren Mitgliedsverbänden rund 10.000 organisierte katholische Studenten an fast allen Universitäten, Fachhochschulen und Gesamthochschulen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die AGV will die Zusammenarbeit der katholischen Studenten und ihrer Verbände zur Förderung und Stärkung des katholischen akademischen Lebens in Deutschland wirkungsvoll und dauerhaft gestalten. Insbesondere strebt sie aus christlicher Verantwortung für Kirche, Staat und Gesellschaft an:

- christliche Grundwerte und Belange im akademischen Bereich zu verwirklichen und zu verteidigen,
- gemeinsame Anliegen katholischer Studenten im öffentlichen Leben zu wahren und zu vertreten,
- Aufgaben der Kirche durch Mitwirkung im Laienapostolat zu fördern und zu erfüllen.

Die AGV koordiniert, unterstützt und fördert dabei die Vielfalt des Wirkens katholischer Studenten und sucht die Einheit in der Vielfalt nach innen und außen.